Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 15

Artikel: Die Geburt der Freien Welt aus dem Geist des Kapitals
Autor: Dieterich, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652045

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heinz Dieterich

Die Geburt der Freien Welt aus dem Geist des Kapitals

Die geheimen Kriegszieldokumente der USA

Die für den Herbst 1988 geplante IWF-Kampagne (gegen den Internationalen Währungsfonds) in Westberlin und in Zürich beginnt, zunehmend das Interesse linker Gruppierungen auf das System des gegenwärtigen Weltkapitalismus zu lenken. Dabei ist es wichtiger denn je, dass in den fortgeschrittensten Sektoren die Analyse dieses Systems den engeren Rahmen der Weltzirkulationssphäre (Auslandsverschuldung, internationale Terms of Trade etc.) überschreitet und die Diskussion auf die Strukturgesetzlichkeit der ungleichmässigen und ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus verweist; eine Entwicklung, die, nach Massgabe der unterschiedlichen Produktivkraftentfaltung, notwendig den Widerspruch zwischen verelendenden und sich bereichernden Sektoren der nationalen und internationalen kapitalistischen Ökonomie hervorbringt.

Neben dieser strukturellen, politisch-ökonomischen Sphäre der Diskussion sollte in der IWF-Kampagne auch die politisch-strategische berücksichtigt werden, d.h. die Handhabungsebene, auf der die politischen Charaktermasken des Kapitals diesem die für sein optimales Funktionieren notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Konstruktion der „Freien Welt" nach 1945 ist ein historisches Lehrbeispiel für diese strategische Dimension kapitalistischen Planens und Handelns (1), die wir im folgenden für die US-Hegemonialpolitik darstellen wollen.

Die Kriegszielpropaganda der USA: „The Four Freedoms"

In allen Klassengesellschaften verläuft die Vermittlung der herrschenden Gedanken über unterschiedliche Sprach-Codes (Diskurse), die klassen- oder gruppenspezifisch strukturiert sind, um ihre Aufnahme durch die entsprechenden Empfängergruppen zu garantieren. In den modernen kapitalistischen Gesellschaften lassen sich unter herrschaftskommunikativen Gesichtspunkten unterschiedliche Vermittlungsniveaus feststellen, die sich nach Inhalt (Verhältnis von Information, Desinformation und Propaganda), Manipulationsmechanismen, Struktur, Funktion differenzieren und ergänzen.

Neben Massenpresse und Machtelite („Führungskräften") ist ein zentraler Diskurs derjenige der strategischen Planer, die hinter verschlossenen Türen in Macht- und Interessenkalkülen denken, unbeschwert von propagandistischen oder öffentlich-kommunikativen Legitimations- und Vermittlungszwängen (2). Sehen wir uns im folgenden genauer an, wie die Kriegsziel-

interessen der USA in der geheimen US-Planung definiert werden und zur Konstruktion der Weltnachkriegsordnung beitragen.

Die Gründe für die Rüstungsanstrengungen und den möglichen Kriegseintritt der USA in den Weltkonflikt wurden von Franklin D. Roosevelt am 6.1.1941 vor dem amerikanischen Kongress folgendermassen formuliert.

„In the future days, which we seek to make secure, we look forward to a world founded upon four essential human freedoms. The first is freedom of speech and expression-everywhere in the world. The second is freedom of every person to worship God in his way–everywhere in the world. The third is freedom from want (materielle Sicherheit, H.D.) (...) The fourth is freedom from fear (Abrüstung, H.D.)". (3)

Seit dieser Deklaration bildete der (vermeintliche) Kampf um die weltweite Verteidigung der „Vier Freiheiten" das Leitmotiv der alliierten und US-Propaganda (4). Ziel dieser Propaganda, die mit den wirklichen Kriegszielen der Vereinigten Staaten nichts gemeinsam hatte, war es, zwei wesentliche Funktionen zu erfüllen.

Sie sollte, erstens, die in den Vereinigten Staaten fehlende Kriegsbegeisterung hervorrufen und die Bevölkerung hinter der Machtelite zusammenschliessen. Zweitens ging es darum, die Nationen, welche nicht unmittelbar militärisch in den Konflikt einbezogen waren, als Bündnispartner gegen die faschistische Achse und Japan zu gewinnen. Dazu war es notwendig, die Propaganda nicht auf enge angloamerikanische Interessen zu beschränken. In der Sprache der strategischen Planer jener Jahre:

„If war aims are stated, which seem to be concerned solely with Anglo-American imperialism, they will offer little to people in the rest of the world, and will be vulnerable to Nazi counter-promises. Such aims would also strengthen the most reactionary elements in the United States and the British Empire. The interests of other peoples should be stressed, not only those of Europe, but also of Asia, Africa and Latin America. This would have a better propaganda effect." (5)

Die USA, die im 20. Jahrhundert zur „stärksten und vitalsten Nation der Welt" geworden sind, haben es versäumt, ihre Rolle als Weltmacht zu spielen — mit katastrophalen Konsequenzen für sie selbst und für die Menschheit. Das Heilmittel dagegen besteht darin, „whole-heartedly" diese Weltführungsrolle zu übernehmen und die US-Macht voll zur Einflussnahme auf die übrigen Nationen zu benutzen, *„for such purposes as we see fit and by such means as we see fit"* (Hervorh., H.D.). An die Stelle der Pax Britannica würde nunmehr die Pax Americana treten, sofern die Vereinigten Staaten die historische Chance ausnutzten und nicht, wie Präsident Wilson 1919, erneut die „golden opportunity (...) to assume the leadership of the world", verstreichen liessen. Historische Aufgabe der USA sei es, „to create the first great American Century" (6).

Was das in der Praxis bedeuten sollte, erscheint, brutal zweckrational formuliert, in den strategischen Dokumenten der zwei wichtigsten Kriegsplanungsgruppen: dem *War-Peace Studies Project* des Council on Foreign Relations (CFR) und den *Policy Planning Staff (PPS) Dokumenten* des State Department.

Das realpolitische Kriegsziel der USA: The Grand Area

Militärische Konflikte werden ausgetragen, um zu determinieren, wer unter welchen Bedingungen die folgende Friedensordnung strukturiert (7). Darin liegt der Existenzgrund des Krieges. Entsprechend kristallisieren sich in den Kriegsziel-Programmen der kriegführenden Mächte die Interessen der hegemonialen Fraktionen heraus, definiert als „nationales Interesse" der herrschenden Klasse.

Während des 2. Weltkrieges, wie auch schon im 1. (8), hatte jede der Machteliten, welche die drei prinzipiellen imperialistischen Machtblöcke führten (Deutschland, USA, Japan), ein klares politisches Verständnis davon, was sie durch den Kriegseintritt zu gewinnen beabsichtigten. Generell gesagt handelte es sich um das, was die Nazis als *„Lebensraum"*, die Japaner als *„Greater East Asia Co-Prosperity Sphere"* und die US-Amerikaner als *„Grand Area"* bezeichneten. Die gemeinsame Essenz dieser faschistischen, militärischen und liberal-kapitalistischen Varianten imperialistischer Eroberungs- und Ausbeutungsprogrammatik lag in der Idee der „economic self-sufficiency", d.h. der Notwendigkeit, die Kontrolle über bestimmte Rohstoff- und Absatzmärkte zu erlangen und diese als Grundvoraussetzung interner ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität mit allen Mitteln zu erhalten. Gegenstand der Kriegs- bzw. Friedensplanung wurde somit, erstens, die Bestimmung der zur Erlangung der „self-sufficiency" notwendigen Rohstoff- und Absatzareale der Erde und, zweitens, die Programierung der entscheidenden politischen und militärischen Rahmenbedingungen, welche die Verwirklichung der Grundvoraussetzung erlauben würden (9).

Die Kriegszielplanung der USA begann zwei Wochen nach Kriegsbeginn im Rahmen des sogenannten „War-Peace Studies Project". Mit Hilfe von Netto-Export-Import-Statistiken wurde der Grad wirtschaftlicher „self-sufficiency" der westlichen Hemisphäre (Nord- und Süd-Amerika), des Britischen Imperiums, Kontinental-Europas und des Pazifik-Areals untersucht. Die Resultate zeigten, dass die „self-sufficiency" des vom „Deutschen Reich" dominierten Kontinental-Europa weitaus höher war als diejenige der westlichen Hemisphäre. Um den Vereinigten Staaten einen vergleichbaren Grad ökonomischer Sicherheit und Unabhängigkeit zu geben wie dem nazidominierten kontinentaleuropäischen „Lebensraum", ermittelten die amerikanischen Planer, dass ihr „national interest" als Minimum freien Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien des Britischen Empire, des Fernen Ostens und der gesamten westlichen Hemisphäre erforderte. Dieses Gebiet wurde später unter dem Begriff *„Grand Area"* subsumiert.

Die Konzeptualisierung der Nachkriegswelt als „American Century" und ihrem Hauptbestandteil, der Grand Area, führte zu zwei Implikationen welthistorischer Bedeutung.

Die erste bedeutete, dass die britische Weltherrschaft des 19. Jahrhunderts endgültig und unwiderruflich gebrochen war. „The British Empire", konstatierte der Präsident des Council on Foreign Relations, Norman Davis, im Mai 1942, „as it existed in the past will never reappear and (...) the United

States may have to take its place" (10). Die zweite hatte zum Inhalt, dass die Vereinigten Staaten eine Niederlage Gross-Britanniens oder einen Vorstoss Japans in den pazifisch-indochinesischen Raum nicht zulassen konnten, da damit bestimmte Gebiete der Grand Area in die Hände Deutschlands oder Japans gefallen wären. Jeder dieser Aspekte bedeutete folgerichtig einen casus belli für die Vereinigten Staaten (ausgenommen unter der — irrealen — Voraussetzung, dass die US-Machtelite auf ihre Expansionspläne verzichten würde), und die Frage nach dem Kriegseintritt der USA reduzierte sich damit auf das Problem, ob und wann sich diese Aspekte realisieren liessen.

Dieser Zeitpunkt war im Frühjahr 1941 gekommen. Unter den Militäranalytikern der westlichen Welt bestand nach 18 Monaten Krieg wenig Zweifel, dass Grossbritannien der Nazikriegsmaschinerie allein nicht widerstehen könne. Diese Besorgnis verstärkte sich durch die japanische Invasion Südost-Asiens (Juli 1941), welche die britischen Rohstoffzufuhren aus dem Pazifik blockierte und Gebiete okkupierte, die integrale Bestandteile der geplanten amerikanischen Einfluss- und Ausbeutungssphäre der Nachkriegszeit (Grand Area) darstellten. Die unausweichliche Konsequenz dieser Ereignisse bestand darin, zwischen gleichen imperialen Rechten die Gewalt entscheiden zu lassen, wobei die US-Machtelite gegenüber ihren Rivalen in einem wichtigen Aspekt im Nachteil war. Da sie, im Gegensatz zum faschistisch-totalitären deutschen und dem militärisch-totalitären japanischen Regime, unter den Bedingungen eines formal-demokratischen bürgerlichen Regimes agierte, und grosse Teile der Bevölkerung wie des Kongresses gegen den Kriegseintritt der USA waren, konnte sie keinen *Aggressionskrieg* zur Eroberung *ihres Lebensraumes* durchführen. Das heisst, sie musste einen Angriff oder eine Kriegserklärung ihrer imperialen Rivalen produzieren, welche den Charakter des amerikanischen Kriegseintritts als defensiven Akt gegen eine nicht-provozierte Aggression glaubhaft machen würde.

Im atlantisch-europäischen Raum löste Roosevelt dieses (politisch-propagandistische) Problem mittels des „Lend-Lease Programms" (Überlassung amerikanischer Zerstörer an die Royal Navy für den Gebrauch britischer Militärbasen in der westlichen Hemisphäre, März 1941) und dem zwar nicht erklärten, aber de facto Seekrieg gegen Hitlers Kriegsmarine (seit September 1941).

Im pazifischen Konflikt wurden die japanische Invasion in Südost-Asien (Juli 1941) sowie der Fortbestand der nationalchinesischen Regierung (Tschiang Kai-schecks) als Katalysatoren japanischer Aggressionspolitik benutzt. Auf die japanische Invasion Südostasiens antwortete die US-Regierung mit einem totalen Handelsembargo, welches statistisch kalkulierbar machte, wann die japanische Kriegsmaschinerie zusammenbrechen würde. Für die Japaner blieb damit nur die Möglichkeit offen, die seit der Washingtoner Konferenz von 1921/22 gegenüber Gross-Britannien und den USA akzeptierte Rolle als imperialistischer Junior-Partner zu verlängern, oder sie militärisch zu durchbrechen. Die USA polarisierten diese Alternative weiter, indem sie die für die Japaner unannehmbare Bedingung aufstellten, die Regierung Tschiang Kai-scheks zu respektieren. Der Krieg Japans gegen die

USA — in deklarierter oder, wie es dann geschah, nicht deklarierter Form des Angriffs auf Pearl Harbour — war die unausbleibliche und erwünschte Konsequenz dieser Politik.

Dies wird ohne Umschweife von führenden Politikern der amerikanischen Machtelite zugegeben. John Forster Dulles, amerikanischer Aussenminister, schreibt beispielsweise in *War and Peace,* dass die USA in ständig steigendem Ausmass auf das Überleben eines „freien und freundlichen Chinas" drängten und in den Verhandlungen mit den Japanern eher bereit waren, einen Krieg in Kauf zu nehmen, als der Ersetzung der nationalchinesischen Regierung durch ein japanisches Satelliten-Regime zuzustimmen.

„On November 26, 1941, in one of the final prewar documents, our Government asked Japan to agree that ‚The Government of the United States and the Government of Japan will not support militarily, politically, economically – any government or regime in China other than the National Government of the Republic of China with capital temporarily at Chungking.' *War was the reply, and indeed, the reply which our government anticipated.*" (11)

Als im Verlauf des Weltkonfliktes klar wurde, dass Deutschland und Japan den Krieg verlieren und die Vereinigten Staaten als stärkste Weltmacht aus ihm hervorgehen würden, expandierte die *Grand Area* weiter. Bestand die ursprüngliche Kriegszielplanung darin „to achieve military and economic supremacy for the United States within the non-German world" (12) und die japanische Expansion zu stoppen — „through peacable means if possible, or through force" — so meinte *Grand Area* nunmehr die gesamte „freie Welt", organisiert unter US-amerikanischer Vorherrschaft und versehen mit den ökonomischen (Weltbank, IWF etc.) und politischen internationalen Institutionen (UNO etc.), welche die Interessen der USA garantieren sollten.

Die Realisierung der Neuen Weltordnung

Mit dem Ende des grossen Konfliktes trat die US-Politik von der Phase strategischer Planung der Weltnachkriegsordnung in ihre Verwirklichungsphase ein. Angesichts der rapide sich verändernden Gestaltungsbedingungen, insbesondere der durch die Niederlage der vorherigen imperialistischen Zentren (Deutschland, England/Frankreich, Japan) entstandenen regionalen Machtvakua, des nationalistischen Erwachens der kolonialen Massen sowie der radikalreformistischen oder revolutionär-antifaschistischen Widerstandsbewegungen in vielen Ländern, bedurfte es hierzu eines Stabes, welcher ein einheitliches Konzept strategischer US-Interessen und Aussenpolitik entwickeln und weltweit durchsetzen konnte. Der *Policy Planning Staff (PPS),* ein aus hohen Regierungsvertretern und Repräsentanten des Privatkapitals zusammengesetzter „brain trust", führte diese Aufgabe durch. Leiter der Planungsgruppe war George Kennan, einer der bedeutendsten liberalen US-Politiker aller Zeiten, der durch seinen berühmten „X-Artikel" („The Sources of Soviet Conduct", Juli 1947) über „the political personality of Soviet power" die „Containment"-Doktrin der amerikanischen Nachkriegspolitik vorbereitet hatte.

Kennans Planungsgruppe ging von dem Faktum aus, dass die USA „etwa 50% des Weltreichtums besassen, jedoch nur 6,3% ihrer Gesamtbevölkerung". Diese Disparität musste unweigerlich zu „Neid und Ressentiments" führen. Die dringlichste Aufgabe amerikanischer Politik bestand daher darin, Verhaltensmuster zu entwickeln, die „diese Disparität ohne Schaden für unsere nationale Sicherheit aufrechterhalten". Dies erfordere,

„to dispense with all sentimentality and day-dreaming; and our attention will have to be concentrated everywhere on our immediate national objectives. We need not deceive ourselves that we can afford today the luxury of altruism and world-benefaction."

Angesichts dieser Situation wäre es besser, eine Reihe von Kategorien aufzugeben, die „bisher unser Denken gegenüber dem Fernen Osten beeinflusst haben." Wir sollten es aufgeben, danach zu streben, als Hort eines „noblen internationalen Altruismus" zu gelten.

„We should cease to talk about vague and – for the Far East – unreal objectives such as human rights, the raising of the living standards, and democratization. The day is not far off when we are going to have to deal in straight power concepts. The less we are then hampered by idealistic slogans, the better." (13)

Das hier zitierte Dokument bezog sich auf den Fernen Osten, doch sind seine Quintessenz und seine Implikationen unschwer als charakteristisch für die gesamte US-Nachkriegspolitik zu erkennen. Kennan selbst machte diese, aus der „Fünften Freiheit" unvermeidlich folgenden Konsequenzen, in einem Gespräch mit lateinamerikanischen Botschaftern 1950 unmissverständlich klar. Er wies daraufhin, dass ein wesentliches Interesse der amerikanischen Aussenpolitik „der Schutz unserer Rohmaterialien" sei, wobei er mit „unseren Rohmaterialien" natürlich die der Lateinamerikaner meinte. Dann fuhr er fort, über die Gefahr zu sprechen, die „unseren Rohmaterialien" von einheimischen Bewegungen oder Regierungen drohe, die ihre Ressourcen zum Wohl der nationalen Bevölkerungen zu verwenden trachte und erklärte, wie diese Gefahr zu bannen sei:

„The final answer might be an unpleasant one, but (...) we should not hesitate before police repression by the local governments. This is not shameful since the Communists are essentially traitors. It is better to have a strong regime in power than a liberal government if it is indulgent and relaxed and penetrated by Communists." (14)

Das Recht der USA, die Ressourcen anderer Länder für sich selbst auszubeuten und die zum Schutz dieses „Rechts" notwendigen repressiven Regimes überall, wo es notwendig ist, zu installieren, zieht sich als grundlegende Prämisse durch die US-Politik der Nachkriegsgeschichte und, in der Tat, durch die gesamte amerikanische Expansionspolitik seit Konstituierung der Republik.

Diese Expansionspolitik tritt nach 1945 in einen Widerspruch zum sich entwickelnden weltpolitischen Rechtssystem, deren Kern die Vereinten Nationen bilden. Die Funktion von Rechtssystemen gilt allgemein nur für die Schwachen, da die Starken — sowohl innerhalb eines Gesellschaftsgefüges

wie auch international — über Macht verfügen und daher des Schutzes eines formalen Rechtssystems nicht bedürfen. Allgemein-abstrakte juristische Normen führen zu Handlungsbeschränkungen des Mächtigen und sind unter machtpolitischen Gesichtspunkten hinderlich (15).

Die ökonomische Basis des amerikanischen Expansionismus

Das eigentliche Agens des amerikanischen Expansionismus oder, um Chomskys treffenden Begriff zu benutzen, der „Fünften Freiheit", ist politisch-ökonomischer Natur. Seit der Entwicklung der amerikanischen Demokratie der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts (Jacksonian Democracy) war die Idee politischer Demokratie untrennbar mit den Kategorien Privateigentum, Individualismus und kapitalistische Marktökonomie verknüpft. Die Weltwirtschaftskrise 1870 und die folgende grosse Wirtschaftsdepression in den Vereinigten Staaten, 1893-1898, verstärkten diesen Gedanken scheinbar immanent notwendiger, organischer Verbindung zwischen den erwähnten Elementen und verknüpften ihn mit der Idee schicksalhafter Notwendigkeit zu expandieren – oder unterzugehen.

Um die Stabilität der politischen Institutionen zu gewährleisten, muss die amerikanische Wirtschaft florieren. Dies ist nur möglich, wenn Produktion und Absatz auf ständig erweiterter Stufenleiter stattfinden, was wiederum erfordert, ständig neue Rohstoff- und Absatzmärkte zu finden. Als die amerikanische Kontinentalexpansion gegen Westen am Ende des 19. Jahrhunderts ihr Ende fand, blieb daher als „new frontier" nur noch der gesamte Planet. Das „plus ultra" kapitalistischer Produktion drückte sich ideologisch in der Maxime der sogenannten „open-door policy" aus. Das heisst, jeder Staat, der seinen nationalen Raum gegenüber amerikanischem Kapital und Waren protektionistisch verschloss, betrieb eine US-feindliche Politik und setzte sich den Sanktionen der Vereinigten Staaten aus.

In den Nachkriegsplanungen der US-Machtelite spielte der Imperativ der „open-door policy" eine entscheidende Rolle, da nur die Öffnung aller nationalen Märkte die Prosperität der US-Wirtschaft garantieren und somit die Gefahr der Wiederkehr der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre bannen konnte. Das Menetekel kapitalistischer Produktionsweise und der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und ihrer privaten Aneignung, erforderte die Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in sozialistische oder die Umwandlung der gesamten „Freien Welt" in ein Funktionselement der imperialen Ökonomie. Selten ist diese Problematik mit grösserer Klarheit zur Sprache gekommen als in einem Dialog zwischen dem stellvertretenden US-Aussenminister Dean Acheson und dem Vorsitzenden eines Kongressausschusses, dem die ökonomische Nachkriegsplanung oblag (Special Subcommittee on Post-War Economic Policy and Planning), im November 1944:

„Acheson: We could argue for quite a while that under a different system in this country you could use the entire production of the country in the United States.
Worley: What do you mean by that?

Acheson: I take it the Soviet Union could use its entire production internally. If you wish to control the entire trade and income of the United States, which means the life of the people, you could probably fix it so that everything produced here would be consumed here, but that would completely change our Constitution, our relations to property, human liberty, our very conceptions of law. And nobody contemplates that. Therefore, you find you must look to other markets and those markets are abroad (...) The first thing that I want to bring out is that we need these market for the output of the United States. If I am wrong about that, then all the argument falls by the wayside, but my contention is that we cannot have full employment and prosperity in the United States without the foreign markets. That is point one, and if anyone wants to challenge me on that we will go over it again.
Worley: I think we agreed on that." (16)

Der Mythos der „Containment"-Doktrin

Einer der grössten Erfolge bürgerlicher Geschichtsklitterung und Indoktrinierung der Nachkriegsgeschichte ist die Saga von der Notwendigkeit der Eindämmung des sowjetischen Expansionismus, welcher angeblich die Strukturen der Nachkriegszeit hervorbrachte. Gegenüber dem aggressiven sowjetischen Kommunismus und seiner perfiden Technik des „indirekten Krieges" sahen sich die USA gezwungen, die Demokratie zu verteidigen, was dann zur Spaltung Europas, Koreas usw. führte. Die Absurdität dieses Interpretationsmusters — welches die Verlängerung der „Four Freedoms"-Kriegspropaganda Roosevelts darstellte — wird offensichtlich, wenn man die objektiven Kräfteverhältnisse zwischen den USA und der Sowjetunion 1945 sowie den Charakter der sowjetischen Aussenpolitik betrachtet.

Die USA waren als uneingeschränkt stärkste ökonomische und militärische Macht aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen. Die Sowjetunion hatte 50% ihres Wirtschaftspotentials verloren, darunter die lebenswichtige Schwerindustrie im Donezbecken und die agrarischen Zentren in der Ukraine und Bjelorussland. Das lag daran, dass 95% des deutschen Kriegspotentials bis Mitte 1944 im Osten eingesetzt waren. 20 Millionen Bürger der Sowjetunion hatten ihr Leben verloren (17) und 25 Millionen waren obdachlos geworden.

Im Gegensatz dazu hatten die USA, „safe from bullets and bombs" (W.A. Williams), einen rapiden Ausbau ihrer Produktionskapazitäten vornehmen können. Völlig neue Industriebranchen, wie z.B. synthetische Gummierzeugung, waren aus dem Boden gestampft worden. Die Stahlproduktion hatte sich verdoppelt. Zur Versorgung der Bevölkerung im Jahr höchster Kriegsanstrengung (1944) standen mehr Güter und Dienstleistungen zur Verfügung, als je zuvor. Insgesamt 17 Millionen neue Arbeitsstellen waren durch den Boom der Kriegsökonomie geschaffen worden. Die durch Kriegseinwirkung bewirkten Bevölkerungsverluste beliefen sich auf rund 403'000 Personen. Zusätzlich dominierten die Alliierten das deutsche Industriepotential der Westzonen, das etwa zwei Drittel der gesamten Reichsindustrie betraf, von der, andererseits, lediglich 25% durch den Krieg zerstört worden waren.

Militärisch war die Situation ähnlich. Die Vereinigten Staaten beherrsch-

ten beide Weltmeere und waren in ihrer Hemisphäre praktisch unangreifbar. Waffentechnisch waren sie der UdSSR weit überlegen, und auch quantitativ waren die westlichen Streitkräfte denen der Sowjetunion ebenbürtig. Zudem besassen die USA das Monopol der Nuklearwaffen, deren zweifacher Einsatz gegen Japan nicht so sehr der letzte Akt der Kriegshandlungen gewesen war, sondern der erste Akt der Nachkriegsdiplomatie gegenüber der Sowjetunion.

Unter diesen objektiven Machtbedingungen wäre jede militärische Expansionspolitik der Sowjetunion selbstmörderisch gewesen, und die westlichen Planer waren sich darüber auch völlig im klaren. Die heute freigegebenen Geheimdokumente jener Jahre zeigen, in welchem Ausmass generelle Übereinstimung darüber bestand, dass mit einem militärischen Angriff der SU nicht zu rechnen sei. Amerikanische Geheimdienstexperten schätzten, dass die UdSSR mindestens 15 Jahre bräuchte, um ihre Verluste an Industrie und Bevölkerung auszugleichen. Selbst mit „Herkules-Anstrengungen" könne die UdSSR die ökonomischen Vorkriegsniveaus der USA erst in 20 Jahren erreichen. Eine Geheimdienstanalyse des Jahres 1945 kam zu der Schlussfolgerung, dass die UdSSR aufgrund ihrer Schwäche in den nächsten 15 Jahren keinen Krieg beginnen würde. Kennan schrieb in seinem berühmten „X-Artikel", dass „Russland" gegenüber dem Westen „still by far the weaker party" sei *(Foreign Affairs,* July 1947, S. 581). Der National Security Council schlussfolgerte 1948, dass es unwahrscheinlich sei, dass die Sowjetunion einen Krieg riskieren würde, und ähnliche Analysen wurden von der CIA bis weit ins Jahr 1949 hinein vertreten.

Die wirkliche Gefahr für die US-Welthegemonialpläne bestand nicht in dem, für Propaganda- und Indoktrinierungszwecke konstruierten, „sowjetischen Expansionismus", sondern in etwaigen autonomen Entwicklungen nationalstaatlicher oder regionaler Art. Regionale Machtblöcke wie das frühere Britische Empire oder auch „ein vereinigtes, unabhängiges Europa" waren für die Vereinigten Staaten, wie bereits im War-Peace Studies Project determiniert, „nicht akzeptabel". In Hinblick auf unabhängig-nationalstaatliche Entwicklungen spielte es keine Rolle, ob diese Entwicklungen unter sozialistischen oder radikal-bürgerlichen Vorzeichen verliefen. Der Klassencharakter eines unabhängigen politischen Regimes war (und ist) für die USA sekundär, solange es das Axiom der *open-door policy,* d.h. die „Fünfte Freiheit" respektierte. In der Tat handelt es sich bei der Mehrheit der von den USA „destabilisierten" Regimes um bürgerlich-reformistische, d.h. um Regierungen des Rooseveltschen New Deal-Typs, wie etwa das Regime Mossadeghs im Iran (1953 gestürzt), das Regime Arbenz in Guatemala (1954), Lumumba im Kongo (1960), Juan Bosch in der Dominikanischen Republik (1965) usw. Das Sakrileg dieser Regierungen (wie das Kubas und Nicaraguas) bestand darin, die Ressourcen der Nation für das Wohlbefinden ihrer Bevölkerung verwendet zu haben, wodurch sie in eine antagonistische Position zu den Interessen der US-Machtelite gerieten und zerstört werden mussten. Sie waren, um den Diskurs Kennans zu benutzen, den „Illusionen von Demokratie, Menschenrechten und Anhebung des Lebensstandards" zum

Opfer gefallen, und die Vereinigten Staaten bemühten sich, sie auf die realpolitischen Bedingungen des *American Century* zurückzuführen, wobei es in der Regel notwendig war (wie heute in Nicaragua) der „Theorie nationaler Souveränität zu misstrauen" und sich über den „abstrakten Formalismus" des internationalen Rechts hinwegzusetzen.

Das grösste Hindernis für die Umsetzung der von den US-Planern konzipierten neuen Weltordnung bestand in der Existenz politisch-militärischer Befreiungsbewegungen, die gegen die faschistische oder japanische Besatzungsmacht gekämpft hatten, sowie in der allgemeinen Diskreditierung der alten Herrschaftseliten, die mit den entsprechenden Regimes kollaboriert und von ihnen profitiert hatten. Nationale, antikolonialistische Unabhängigkeit, tiefgreifende Sozialreformen (Agrarreform, Sozialisierung der Schwerindustrie), Verurteilung der Kriegsverbrecher und -verantwortlichen, sowie politische Demokratisierung waren die wesentlichen programmatischen Elemente dieser neuen, auf geschichtliche Veränderung drängenden Kräfte, wobei aus den jeweils nationalen Bedingungen die Priorität jedes einzelnen dieser Elemente erwuchs. Diese nationalstaatlichen und sozialreformerischen oder auch sozialrevolutionären Interessen werden a priori mit der Grand Area-Planung und der „Fünften Freiheit" unvereinbar. Zusätzliche Brisanz erhielten sie aus der langandauernden Wirtschaftskrise nach 1945, welche die Bewegung radikalisierte und ihre Massenbasis vergrösserte. Die Paralysierung dieser Bewegungen/Staaten durch Integration oder Zerstörung wurde damit, neben dem weiterhin gehegten Traum des sowjetischen „roll backs" zum entscheidenden Imperativ der amerikanischen Aussenpolitik (19).

Die USA: Idealer Gesamtkapitalist und Gesamtmilitarist der „Freien Welt"

Die Vereinigten Staaten haben seit 1945 zwei für die Existenz des kapitalistischen Weltsystems vitale Aufgaben erfüllt: Sie haben als ideeller Gesamtkapitalist die operative Funktionsfähigkeit und die Entwicklung der weltkapitalistischen Produktionsverhältnisse unmittelbar und mittelbar (über den IWF, das Gatt etc.) durchgesetzt; zweitens haben sie als ideeller Gesamtmilitarist die konterrevolutionäre und konterreformistische militärische Verteidigung dieser Produktionsverhältnisse realisiert.

Diese historische Rolle, die den USA als Konsequenz des 2. Weltkrieges zufiel, verändert sich grundlegend. Die systemadäquate Lösung zur Durchführung beider oben genannter Funktionen wäre die Konstitution des kapitalistischen Weltstaates, was jedoch nicht möglich ist, da die Überwindung des Widerspruchs zwischen *welt*kapitalistischen Produktionsverhältnissen und nationalen Überbaustrukturen auf absehbare Zeit nicht erfolgen wird.

Andererseits führt die relative ökonomische Schwächung der USA gegenüber Japan und der EG dazu, dass die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten in Zukunft von den drei imperialistischen Blöcken geteilt wird. Und die gleiche Tendenz gilt für die militärische Verteidigung des Systems auf Weltebene. In den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts — mit einem quali-

tativen Sprung 1992, wenn die EG sich zu einem quasi-nationalen Wirtschafts- und Machtgrossraum konstituiert haben wird — werden die machtpolitischen Strukturen der „Freien Welt" auf verblüffende Weise denen der 40er Jahre ähneln. Das gemeinsame strategische Interesse gegenüber dem Sozialismus wird eine gemeinsame Front gegenüber revolutionären Bewegungen/Staaten ermöglichen. Untereinander jedoch werden die imperialistischen Rivalen (USA, Europa, Japan) versuchen müssen, ihre „Grand Area"-, „Lebensraum-Empire"- und „Greater East Asia Co-Prosperity Sphere"-Interessen auf dem kleingewordenen Erdball abzustimmen. Eine nicht geringe Aufgabe für die strategischen Planer, wenn man bedenkt, dass die militärische Lösung der imperialistischen Widersprüche — wie 1914 und 1939 — durch die Existenz der Nuklearwaffen unmöglich geworden ist.

Dennoch: Eine strategische Interessenidentität zwischen amerikanischem Kapital und europäisch-japanischem und die militärische Stellvertreterfunktion amerikanischer counterinsurgency-Politik in der Dritten Welt werden weiterbestehen und nicht angemessen wahrgenommen. Und weiterhin werden die Greuel dieser counterinsurgency-Kampagnen, gelangen sie doch einmal in die Presse der „Freien Welt", durch liberale Interpretationsmuster neutralisiert.

Anmerkungen

1) Vgl. zu diesem Essay auch meinen Artikel: Nicaragua. Solidaritätspolitik und die Weltrevolution. In: *Correo Centroamericano*. 1988, Sonderdruck. Angeknüpft wird auch an N. Chomsky: Die US-amerikanische Globalstrategie. In: *Widerspruch* 1987, H. 13.
2) Ein gutes Beispiel für die auf diesem Niveau verwendete Sprache und Logik ist ein vertrauliches Gespräch, das Henry Kissinger mit US-jüdischen Führern über Strategien einer Niederschlagung des palästinensischen Volksaufstandes im Februar 1988 führte. Darin sagte er: „Israel should bar the media from entry into the territories involved in the present demonstrations, accept the short-term criticism of the world press for such conduct, and put down the unsurrection as quickly as possible – *overwhelmingly, brutally* and *rapid* (...) The insurrection must be quelled immediately, and the first step should be to throw out television, *á la South Africa.* To be sure, there will be international criticism of the step, but it will dissipate in short order." Kissinger monierte ebenfalls, dass Israels public-relations-Agenturen die Krise „horrible" managen würden. (In: *New York Times,* 8.3.1988; Hervorh., H.D.).
3) In: *Congressional Record,* Vol. 87, S. 1ff. und S. 44-47. US Government Printing Office. Washington 1941.
4) Siehe z.B. die als „Atlantic Charter" bekanntgewordene gemeinsame Kriegszielerklärung („Joint declaration (...) to make known certain common principles in the national policies of their respective countries on which they base their hopes for a better future for the world.") von Roosevelt und Churchill, 14.8.1941. Ebenso: Declaration by United Nations, 1.1.1942. Und: In Quest of Peace and Security. Selected Documents on American Foreign Policy 1941-1951. Departement of State Publications 4245. General Foreign Policy Series 53. Office of Public Affairs. Washington, Oct. 1951.
5) Zit. in: L.H. Shoup und W. Minter: Imperial Brain Trust. New York, London: Monthly Review Press 1976, S. 162f.

   Der Effekt dieser Propaganda war durchschlagend. Nationalrevolutionäre (Ho Chi Minh) ebenso wie nationalreformistische Kader (Arbenz) sahen die USA als natürliche Verbündete im Kampf um antikoloniale Befreiung, nationale Entwicklung und Demokratie an. Das Erwachen aus dieser Ilusion war oft brutal.

Als 1944 reformistische Militärs in El Salvador gegen die Diktatur des Generals Maximiliano Hernández putschten, der 1932 in der berüchtigten „La Matanza" zwischen 10'000 und 30'000 Menschen hatte massakrieren lassen, taten sie das auf der Basis der „Four Freedoms"-Propaganda. Als die Rebellion fehlschlug, flüchteten drei der Anführer in die US-Botschaft. Ihnen wurde jedoch Asyl verweigert, da die Vereinigten Staaten die Gewährung von Asyl als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder" ansahen. Nach ihrer Übergabe an den Diktator wurden die Rebellen liquidiert. Als die Episode bekannt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Mittelamerika. US-Botschafter Thurston erklärte dem State Departement, dass das Problem nicht in seiner partikularen Handhabung der Affäre gelegen habe, sondern in der Diskrepanz zwischen der US-Propaganda und der US-Realpolitik. „This criticism is the result of a general inability", schrieb er im April 1944 an das State Departement, „to reconcile our persistent propaganda for the Four Freedoms, the Atlantic Charter, democracy, liberty and the other rights of man, with our policy of non-intervention and seeming indifference to cynical abolition of those rights by a petty Central American dictator (Hernández, H.D.). Bewilderment and criticism increased with our acceptance of the local regime as honored associate and the furnishing to it of seemingly omnipotent military equipment, and reached a higher pitch when it was observed that Washington and this Embassy remained inactive and aloof during and after the recent uprising." (In: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Vol. VII. US-Government Printing Office. Washington 1967, S. 1089).

6) In: *Life,* 17.2.1941.

7) In den Worten Isaiah Bowmans, Direktor des Council on Foreign Relations: The US „must accept world responsability (...) The measure of our victory will be the Measure of our domination after victory" (Zit. in: Shoup et al., a.a.O., S. 163). In der Sprache Roosevelts: „No realistic American can expect from a dictator's peace international generosity, or return of true independence, or world disarmament, or freedom of expression, or freedom of religion – or even good business." Manchmal erscheint das wichtigste einer Phrase an ihrem Ende. (Zit. in: *Congressional Record,* a.a.O., S. 44).

8) Zu den Kriegszielprogrammen der deutschen, englischen und französischen Machteliten (unter Machteliten verstehen wir die hegemoniale Fraktion der herrschenden Klasse) und ihren gesellschaftlichen Grundlagen vgl. das monumentale Werk George W.F. Hallgarten: Imperialismus vor 1914. 2 Bde. München 1962. Die Kriegsinteressen der USA entsprachen dem Credo der expansionistischen open-door policy. Woodrow Wilson formulierte das in seiner Nominierungs-Rede als demokratischer Präsidentschaftskandidat am 7.8.1912 folgendermassen. „Our industries have expanded to such a point that they will burst their jackets if they cannot find a free outlet to the markets of the world". Falls er gewählt werden würde, versprach er sein bestes zu tun, damit die Vereinigten Staaten „attained its deserved supremacy in the markets and enterprises of the world". „The Government", fügte er 1919 hinzu, „must open these gates of trade, and open them wide; open them before it is altogether profitable to open them, or altogether reasonable to ask private capital to open them at a venture." (In: W.A. Williams: American Intervention in Russia. 1917-1920. In: B. Miller Underberger: American Intervention in the Russian Civil War. Lexington (USA) 1969, S. 29).

9) Eine vergleichende Analyse der drei Varianten kapitalistischer Expansionspolitik wäre insofern interessant, als sie den Einfluss der unterschiedlichen Überbauformen und wirtschaftsstrategischen Lage auf die konkrete Durchsetzungsform der Kapitalinteressen erhellen würde. Inhaltlich dürfte die Bestimmung Himmlers – „wie es Russen, Tschechen (...) geht, ist mir total gleichgültig, ob sie im Wohlstand leben oder vor Hunger verrecken, interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht" – nach wie vor für die heutigen „Lebensräume" des Kapitals – die Dritte Welt – zutreffend sein, wie eine leichte Umformulierung des Satzes zeigt: „Wie es der Dritten Welt (...) geht, ist mir total gleichgültig, ob sie im Wohlstand lebt oder vor Hunger verrecken, interessiert mich nur soweit, als wir sie als Lohnsklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht". (Zitat Himmlers in: M. Broszat, H.A. Jacobsen, H. Krausnick: Anatomie des SS-Staates. München 1984, Bd. 2, S. 141)

10) Zit. in: Shoup et al., a.a.O., S. 164.

11) J.F. Dulles: War or Peace. New York 1950, S. 225.
12) Zit. in: Shoup et al., a.a.O., S. 130.
13) Policy Planning Staff Studie (PPS) 23, 24.2.1948. In: The State Departement Policy Planning Staff Papers. Hrsg. v. A.K. Nelson. New York 1983, Bd. 3, S. 121 f.
14) Zit. in: N. Chomsky: Turning the Tide. Boston 1985, S. 57.
15) S. PPS/23, S. 124 ff. Kennan wendet sich daher gegen die „universalistische Auffassung" (universalistic approach), „which looks to the solution of international problems by providing a universalistic pattern of rules and procedures which would be applicable to all countries." Diese begünstigt „legalistische und mechanische Lösungen". Die Gefahr für eine „effektive und entschlossene US-Politik" liegt dann darin, dass sie sich „in entscheidenden Momenten in den Maschen eines sterilen und schwerfälligen internationalen Parlamentarismus verheddert". Um diese negativen Seiten des „abstrakten Formalismus des internationalen Rechts und der internationalen Organisationen" zu überwinden, müsse die USA einen „partikularistischen Ansatz" (particularized approach) verwenden. Dieser Ansatz, der der „Theorie nationaler Souveränität, so wie sie sich heute in den internationalen Organisationen ausdrückt, misstraut", ist der den „fortgeschrittenen Nationen der Welt" angemessene in ihrer Aufgabe, die „reale Führung der Weltpolitik" zu übernehmen.
16) Zit. in: W.A. Williams: The Tragedy of American Diplomacy. New York 1972, S. 235f.
17) Allein in deutscher Kriegsgefangenschaft kamen etwa 3,5 Millionen (!) sowjetische Soldaten und Offiziere ums Leben (bei einer Gesamtzahl von 5,7 Millionen). Vgl. M. Broszat et al., a.a.O., S. 165.
18) Nach dem Sturz von Arbenz produzierte der Nationale Sicherheitsrat der USA (NSC) das „top secret" Memorandum NSC 5432, mit dem Titel *U.S. Policy Toward Latin America.* Als Ausgangspunkt dieses programmatischen Dokuments dient die Erklärung, dass die grösste Bedrohung der US-Interessen von einem gefährlichen Trend ausgehe, „the trend in Latin America toward nationalistic regimes", die Antwort auf eine „popular demand for immediate improvement in the low living standards of the masses". Das ist für die USA nicht akzeptabel, da sie verpflichtet ist „to encouraging a climate conducive to private investment" und daher die lateinamerikanischen Regierungen ermutigen muss „to base their economies on a system of private enterprise, and, as essential thereto, to create a political and economic climate conducive to private investment of both domestic and foreign capital", einschliesslich Garantien für „the opportunity to earn and in the case of foreign capital to repatriate a reasonable return".

    In Übereinstimmung mit dieser Politik sollten die lateinamerikanischen Ökonomien sich — gemäss der Interessen der US-Investoren — auf Exportproduktion konzentrieren. Um diese Ziele durchzuführen, so expliziert das Dokument, ist es notwendig, dass die USA die lateinamerikanischen Militärs kontrollieren, welche wiederum ihre zivilen Regierungen zu kontrollieren haben, damit diese nicht die Interessen der USA verletzen, d.h. in das Delikt des „Ultranationalismus" verfallen – wie heute etwa Nicaragua.

    (Das NSC-Dokument ist zitiert in: N. Chomsky: Central America: The Next Phase, Feb. 1988. Bisher unveröff. Manuskript).
19) In diesem Sinne ist auch die sogenannte „Reagan Doktrin" nichts Neues, sondern ebenso wie die Truman-Doktrin, Carter-Doktrin usw. *konjunktureller* politischer Ausdruck der relativ invariablen amerikanischen Expansions- und Hegemoniallogik. Ein klassisches, wenn auch nicht sehr intelligentes Beispiel der ideologischen Indoktrinationstechnik findet sich im NZZ-Leitartikel vom 26.10.1986: Die Reagan-Doktrin und die Freiheit.